

<b>Beschlussvorlage</b>	Geschäftsbereich	Zentrale Dienstleistungen
	Ressort / Stadtbetrieb	Ressort 404 - Personal
	Bearbeiter/in Telefon (0202) Fax (0202) E-Mail	Eberhard Seibert 563 6952 563 8029 eberhard.seibert@stadt.wuppertal.de
	Datum:	18.06.2014
	<b>Drucks.-Nr.:</b>	<b>VO/0361/14</b> öffentlich
Sitzung am	Gremium	Beschlussqualität
<b>30.06.2014</b>	<b>Rat der Stadt Wuppertal</b>	<b>Entscheidung</b>
<b>Einigungsstelle der Stadtverwaltung Wuppertal (§ 67 Landespersonalvertretungsgesetz NRW) - Bestimmung der von der Dienststelle zu benennenden Beisitzerinnen und Beisitzer</b>		

### Grund der Vorlage

Gesetzliche Entscheidungszuständigkeit des Rates der Stadt

### Beschlussvorschlag

Der Rat der Stadt stimmt der Benennung folgender Mitarbeiterinnen bzw. Mitarbeiter der Stadt als Beisitzerinnen bzw. Beisitzer der Einigungsstelle für den anstehenden Fall „Stadtbetrieb 202 - Ablehnung eines Antrags auf Teilzeitarbeit“ zu:

Beisitzerinnen bzw. Beisitzer:

Frau Cornelia Weidenbruch  
Herr Siegfried Brütsch  
Herr Olaf Radtke

Vertreterinnen bzw. Vertreter für den Fall der Verhinderung:

Herr Hans-Jürgen Lemmer  
Herr Holger Wanzke  
Frau Hannelore Reichl

### Unterschrift

Dr. Slawig

## **Begründung**

Gemäß § 67 Abs. 1 Landespersonalvertretungsgesetz NRW (LPVG NRW) wird bei jeder Behörde eine Einigungsstelle gebildet. Diese berät und entscheidet über Angelegenheiten, die der Mitbestimmung des Personalrates unterliegen, falls zwischen Verwaltung und Personalrat eine Verständigung nicht möglich ist.

Die Personalvertretung bestellt die Beisitzerinnen und Beisitzer aus ihrem Bereich eigenständig. Für die Benennung der Beisitzerinnen und Beisitzer der Dienststelle ist der Rat der Stadt zuständig. Infolge der Neufassung des LPVG NRW im Jahre 2011 bestimmt § 67 Abs. 3, dass die Beisitzerinnen und Beisitzer der Verwaltungsseite für jeden bei der Einigungsstelle anhängigen Fall gesondert zu benennen sind.

Als Beisitzerinnen bzw. Beisitzer werden die im Beschlussvorschlag aufgeführten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtverwaltung Wuppertal vorgeschlagen.